

munaler Wohlfahrtsaufgaben bis hin zu administrativen Kompetenzen der Fürsorgeverwaltung. Eine Übertragung hoheitlicher Wohlfahrtsaufgaben an die NSV hätte jedoch die Abkehr vom Prinzip der »positiven Volkspflege« durch Auslese »erbgesundheitslich wertvoller Bevölkerungsteile« bedeutet, da die NSV zugleich auch die repressiven und »belastenden« Fürsorgeverpflichtungen gegenüber »erbkranken« und »asozialen« Bevölkerungsgruppen übernommen hätte. Trotz des ständigen Drängens des Deutschen Städtetages und des NS-Hauptamtes für Kommunalpolitik nahm das Reichsinnenministerium keine Abgrenzung der kommunalen von den parteiamtlichen Wohlfahrtskompetenzen vor und ließ damit dem Dominanzstreben der NSV freien Raum.

Die NSV-Reichsleitung und das NS-Hauptamt für Kommunalpolitik einigten sich am 16. 10. 1939 schließlich, auf Kosten der Freien Wohlfahrtsverbände die konfessionellen Gemeindegewerkschaften ungeachtet bisheriger Bestandsgarantien schrittweise auf die NSV zu übertragen und die kommunalen Kindergärten den Gemeinden zu belassen. Dennoch wurden durch Erlasse des Reichsinnenministeriums seit 1940 zunehmend kommunale Kompetenzen in der Fürsorge und im Gesundheitswesen von den Gemeinden auf die NSV übertragen. Doch nur in Österreich, in Westpreußen und im Warthegau mit der engen Verzahnung von Staat und Partei gelang es der NSV, ihren Monopolanspruch auf die Kindergartenerziehung durchzusetzen. Die beabsichtigte Überführung der kirchlichen Kindergärten auf die NSV war je nach der Durchsetzungsfähigkeit der NSDAP-Gauleiter und der Reaktion katholischer Bevölkerungskreise regional unterschiedlich erfolgreich und wurde durch eine Geheimverordnung Hitlers vom 30. 7. 1941 schließlich abgebrochen. Auch in der offenen und geschlossenen Jugendfürsorge scheiterte die NSV, ihren Anspruch auf die Betreuung aller »erbgesunden und rassisch wertvollen« Jugendlichen durchzusetzen.

Während Hansen die institutionelle Auseinandersetzung um die Wohlfahrtspolitik mit eindrucksvoller Genauigkeit schildert, werden die Erwartungen in eine Beschreibung und Analyse ihrer Inhalte eher enttäuscht. Anstelle der von Wiederholungen nicht freien, übergenauen Beschreibung der institutionellen Auseinandersetzungen wären Einzelstudien über die volkspädagogischen, gesundheits- und sozialpolitischen Mittel und Ergebnisse der Wohlfahrtspolitik am Beispiel einzelner Regionen ertragreicher gewesen. Während die Kapitel über die Radikalisierung der wohlfahrtspolitischen Konflikte im Krieg keine Wünsche offenlassen, steht eine umfassende kritische Bewertung der rassen-, bevölkerungs- und gesundheitspolitischen Ergebnisse der NS-Wohlfahrtspolitik noch aus.

*Christopher Kopper, Göttingen*

---

Bernd Stöver, Volksgemeinschaft im Dritten Reich. Die Konsensbereitschaft der Deutschen aus der Sicht sozialistischer Exilberichte, Droste Verlag, Düsseldorf 1993, 466 S., pb., 49,80 DM.

Beruhete die nationalsozialistische Herrschaft auf Terror, Duldung oder Zustimmung? Wenn ihre Basis die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung zur Politik der Nationalsozialisten war, woher stammte dann dieser Konsens? Diesen Leitfragen geht Bernd Stöver in seiner Bielefelder Dissertation nach. Was die gut lesbare Arbeit besonders interessant macht, ist ihre Methodik. Repräsentative Meinungsumfragen stehen bekanntlich nicht zur Verfügung. Problematisch wäre es auch, sich allein auf die Berichte der nationalsozialistischen Dienststellen über die Stimmung in der Bevölkerung zu verlassen. Stövers Ansatz ist, die Lagebeurteilung der sozialistischen Exilberichte mit der der Berichte des NS-Regimes zu kontrastieren. Würden sich beide Quellengattungen in der Beurteilung ein und dessel-

ben Sachverhalts widersprechen, dann dürfte dies – so Stövers Kalkül – einer voreingenommenen Betrachtungsweise mindestens einer der beiden Seiten geschuldet sein. Dort hingegen, wo sie übereinstimmten, besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, daß dies auch der Realität entsprach, da diese Übereinstimmung aus so unterschiedlicher Warte für eine zutreffende Beurteilung der Lage spräche. Dies gelte besonders für die Einschätzung der Stimmung in der Bevölkerung.

Vorrangig analysiert Stöver die »Deutschland-Berichte« der SOPADE (»Grüne Berichte«) sowie ihre Nachfolger und die unter verschiedenen Titeln erschienenen Berichte von »Neu Beginnen« über Deutschland. Die so gewonnenen Erkenntnisse vergleicht er – wenn auch häufig recht knapp – mit den Aussagen der diversen nationalsozialistischen Lageberichte. Sein Resultat ist, daß die Nationalsozialisten sehr schnell nach 1933 die Zustimmung der großen Mehrheit des deutschen Volkes zu ihrer Herrschaft erreichten – was Stöver zufolge auch ihr ausdrückliches Ziel war, eine überwiegend auf Terror basierende Herrschaft war von ihnen nicht angestrebt – und diese Zustimmung bis kurz vor Kriegsende aufrechterhalten konnten.

Den Konsens lokalisiert Stöver in fünf Bereichen:

1. Sicherheit und Ordnung, die er weniger polizeilich denn sozial und ökonomisch sieht: Auf dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise stachen die Herstellung von relativer Arbeitsplatzsicherheit, Lohnsteigerungen und Möglichkeiten zum beruflichen Aufstieg besonders positiv heraus. Den Begünstigten war gleichgültig, ob dies durch Rüstungs- oder andere Produktion erzielt wurde.

2. Der vom »Dritten Reich« propagierte Nationalismus knüpfte an die weitverbreitete Ablehnung des Versailler Vertrages während der Weimarer Zeit an. Eine Neuordnung der staatlichen Grenzen Europas sah die Mehrheit als gerechtfertigt an. Die Einsetzung militärischer Mittel hierfür wurde nicht prinzipiell abgelehnt; was man fürchtete, war ein verfrühter, schlecht vorbereiteter Waffengang, der das erreichte Maß an Lebenssicherheit gefährden könnte.

3. Die ideologische Mobilisierung, die den Nationalsozialisten gelang, sieht der Autor stark ökonomisch motiviert (insofern man z. B. hoffte, die Kommunistenverfolgung werde die eigenen beruflichen Chancen verbessern). Aber: »Eine wirkliche Überzeugung von nationalsozialistischen Ideologieinhalten scheint selten gewesen zu sein.« (S. 421) Der Antisemitismus wurde akzeptiert; nur wenn er zu »ungesetzlichen« Maßnahmen wie am 9. November 1938 führte, gab es Kritik. Wenn aber die Verfolgung von Gegnern »geordnet« verlief, gab es bei der großen Mehrheit keine Einwände.

4. Nach der Wirtschaftskrise entdeckten viele die private Sphäre wieder. Die Nationalsozialisten förderten dies in der Hoffnung, so die Entpolitisierung zu fördern. KdF-Aktivitäten, Sportveranstaltungen, aber auch Maifeiern wurden als Freizeitvergnügen angenommen; selbst wenn – wie bei KdF-Reisen – nur wenige teilnahmen, faszinierte viele die schiere Möglichkeit.

5. Der Glaube an Hitler wurde »eine Art ›Gesamtkonsens‹«. (ebd.) Hitler war in dieser Sicht für alles Positive im »Dritten Reich« verantwortlich.

Deutlich grenzt sich Stöver von Mason ab: Dessen Einschätzung, die »Arbeiter seien nicht bereit gewesen, ihre in der Hochkonjunkturperiode gewonnenen Vorteile in einem Krieg zu gefährden, [trifft] nicht zu. Viele waren eindeutig dazu bereit, weil die militärische Auseinandersetzung auch für sie zunächst greifbaren Nutzen bot.« (S. 426) Erst ab Februar 1942 – die Eroberung Moskaus war mißlungen – verschlechterte sich die Stimmung. Dennoch kam es zu keiner offenen Opposition. »Der stärkste Zusammenhalt resultierte in dieser letzten Phase des Krieges aus der Furcht vor den alliierten Nachkriegsplanungen« (S. 423), die von den Nationalsozialisten gezielt geschürt wurde.

Widersprüchlich äußert sich Stöver über den 20. Juli 1944: Einerseits konstatiert er, daß ein erfolgreiches Attentat »mit größter Wahrscheinlichkeit zu einer neuen ›Dolchstoßle-

gende« geführt« (S. 305) hätte, da der Glaube an das militärische Genie Hitlers noch verbreitet gewesen sei. Andererseits: »Möglicherweise aber wäre ein gelungener Umsturz im Juli 1944 von der Bevölkerung mitgetragen worden.« (S. 401) Dieser Widerspruch reflektiert die dünne Informationsbasis der sozialistischen Inlandsberichte nach der Besetzung Frankreichs und somit die für den folgenden Zeitraum problematische Quellenlage für Stövers Untersuchung. Ein anderer Kritikpunkt ist, daß Stöver nicht Dissensbereiche benennt. Auch wenn seine Untersuchung zumindest für die Jahre 1933-1940 gezeigt hat, daß der Konsens überwog – «Man sollte sich dabei vor Augen führen, welchen rationalen Grund es für die Masse der Bevölkerung geben konnte, einen Staat zu bekämpfen, dem offensichtlich die Überwindung jener Krise gelang, an deren Beseitigung sich mehrere Regierungen vorher versucht hatten.» (S. 424) –, wäre eine Ergänzung in diese Richtung sinnvoll gewesen.

Sie hätte an die Stelle der Ausführungen über die Konsensbereitschaft einzelner Bevölkerungsteile treten können. Dieser Abschnitt ist zwar von der Idee her interessant, doch gerät er zu oft zu einer Wiederholung der schon bei der Beschreibung der Inhalte des Konsenses gemachten Aussagen. Befremdlich wirkt, daß Stöver »Juden und ›Alte Kämpfer‹« in einem gemeinsamen Kapitel betrachtet. Er begründet dies – wenig überzeugend – damit, daß sie »jeweils in einer besonderen Beziehung zum ›Dritten Reich‹ standen.« (S. 379) Stöver hebt den Drang von Juden nach Einschluß in den Konsens der NS-Gesellschaft hervor. Hier fehlt eine Reflexion über die wohl doch sehr dünne Quellenbasis; jüdische Emigration als Zeichen, die Hoffnung auf Konsens aufgegeben zu haben, findet keine Erwähnung. Den Wert von Stövers Untersuchung soll diese Kritik aber nicht mindern.

*Bernd Rother, Braunschweig*

Detlef Mühlberger, *Hitler's Followers. Studies in the Sociology of the Nazi Movement*, Routledge, London 1991, 275 S., hbd., 35 £.

Detlef Mühlberger, Senior Lecturer für Europäische Zeitgeschichte am Oxford Polytechnic, untersucht in seinem Werk die Anhängerschaft des Nationalsozialismus. In Abgrenzung zur Historischen Wahlanalyse beschränkt er sich ausdrücklich auf die Parteimitgliedschaft, die Sturmabteilung (SA) und die Schutzstaffel (SS) während der »Kampfzeit«. Dieser mehrdeutig besetzte Begriff grenzt nur unzureichend den Untersuchungszeitraum ab. Zeitlich reicht das verwendete Material bis zum Jahr 1934.

Mühlberger ging nicht den Weg über das Berlin Document Center (BCD), wo nach BCD-internen Angaben ca. 90 % aller jemals in die NSDAP eingetretenen Mitglieder erfaßt sind, sondern bereiste verschiedene Landesarchive und wertete das dort vorhandene Material aus. Herausgekommen sind vier regionale Darstellungen über die Gaue Ruhr, Württemberg, Hessen-Nassau-Süd und Süd-Hannover-Braunschweig. Basierend auf dem vorgefundenen Archivmaterial kommt er zum Schluß, daß die NSDAP bereits in den zwanziger und zu Beginn der dreißiger Jahre eine soziale Klassen übergreifende Massenbewegung gewesen sei. Die Charakterisierung der NSDAP als »Volkspartei« erscheine daher gerechtfertigt.

Die Vorgehensweise Mühlbergers wirft unweigerlich die Frage nach der Repräsentativität regionaler Studien auf. Daneben besteht das Dilemma, daß die Angaben für die verschiedenen Gaue aus unterschiedlichen Zeiträumen stammen. Das Kapitel über die Ruhrregion weist vornehmlich Zahlen über die Sozial- und Berufsstruktur der NSDAP in den Jahren 1925/26 auf, während die Abhandlungen über den Gau Hessen-Nassau-Süd die Jahre 1929 bis 1931 betreffen. Die Möglichkeiten, durch Vergleiche Brüche und Konti-